



18. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 18/1871
04.02.10 (KA,
AFC
(§ 28,2)

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Hartz IV-Debatte versachlichen: Konzepte für öffentlich geförderte Beschäftigung, sozialen Arbeitsmarkt, Bürger- und Gemeinendarbeit ernsthaft prüfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit wird beauftragt, eine Anhörung zu den verschiedenen Konzepten für öffentlich geförderte Beschäftigung, einen sozialen Arbeitsmarkt und für Bürger- und Gemeinendarbeit durchzuführen. Dabei sollen Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Kommunen, Institutionen und Organisationen zu Wort kommen, die dezidiert Positionen zu den genannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bzw. zu ähnlichen Modellen abgeben können.

Ziel soll es sein, mögliche Chancen und Risiken sowie Perspektiven und Probleme hierzu eingehend zu diskutieren und gegebenenfalls Empfehlungen für Hessen zu geben und somit die Debatte über eine Weiterentwicklung der so genannten Hartz-Gesetze zu versachlichen

Begründung:

In der Januarsitzung des Landtags zum Thema Arbeitsmarkt wurden von den Rednerinnen und Rednern aller Fraktionen verschiedene Modelle für öffentlich geförderte Beschäftigung, einen sozialen Arbeitsmarkt bzw. Bürger- und Gemeinendarbeit angesprochen. Teilweise liegen bereits fertig ausgearbeitete Konzepte vor.

Auch der Ministerpräsident sprach sich für eine massive Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung aus, allerdings verbunden mit der Verschärfung von Sanktionen gegenüber Arbeitslosen.

Im Zusammenhang mit öffentlich geförderter Beschäftigung gibt es verschiedene Modelle mit unterschiedlichen Zielsetzungen: Arbeitsgelegenheiten, Bürgerarbeit oder Gemeinendarbeit einerseits, längerfristige sozialversicherungspflichtige geförderte Beschäftigung, wie etwa in Vorschlägen zu einem „Sozialen Arbeitsmarkt“ beschrieben, andererseits.

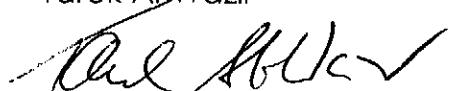
1811871

Sowohl die bisherigen Vorschläge als auch die Vorstellungen des Ministerpräsidenten sollen in einer Landtagsanhörung auf ihre Vor- und Nachteile für die Arbeitssuchenden untersucht werden. Die Diskussion um die Weiterentwicklung der Reform der Hartz-Gesetzgebung könnte endlich versachlicht werden, was im Interesse der Langzeitarbeitslosen dringend nötig ist.

Wiesbaden, den 3. Februar 2010

F:\Marcus\18.Wp\Parlamentarische Initiativen\Hartz IV-Debatte ernst nehmen.doc

Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir



Eingegangen am

Eilausfertigung am

Ausgegeben am